

Avanti O.

ISO Oberhausen & FreundInnen



Demo Halt Stand Afrin! - am 25.01.2018 in Oberhausen.

Foto: Avanti O.

Afrin

oder Herr Erdogan und die Sicherung von Macht und Profit

ERNST KOCHANOWSKI

Gerade fand in München die sogenannte Sicherheitskonferenz statt. Sogenannt, weil es „Sicherungskonferenz“ heißen müsste. Dort wurden nämlich „alternative“ Maßnahmen zur Sicherung von Wirtschaftsinteressen geplant. Kapitalismus ist Sicherheit – Krieg ist Frieden – Ausbeutung ist Freiheit. Unwichtig was Worte bedeuten, es kommt darauf an, wer die Macht hat, dies zu bestimmen. So wie gerade Herr Erdogan. Seinem Wahn eines osmanischen Großreichs stehen auch die Kurden im Wege. Das kriegsbedingte Chaos in Syrien nutzt dieser Despot, um gemein-

sam mit dem „Islamischen Staat“ das Gebiet an der türkischen Grenze von kurdischen „Terroristen“ zu „befreien“.

Sehr zur Freude von Rheinmetall, Heckler & Koch, von Aktienmärkten, von Standortverteidigern in Politik und Gesellschaft.

Weil dies aber so ist, werden – Welch eine Schande! – auch in Deutschland Menschen, welche gegen die Ermordung ihrer Liebsten, gegen die Zerstörung ihrer Heimat, protestieren als potenzielle Terroristen, als „Gefährder“ gesehen. So findet die Staatsgewalt immer wieder Gründe, **Fortsetzung auf S. 2**

Liebe Leserinnen und Leser,

alle 15 Minuten wird ein Leben durch Waffen aus Deutschland gewaltsam beendet. Auch in Afrin! Weil Gewinne der Industrie wichtiger sind, als Freiheit und Leben, werden auch hier Demos gegen Erdogans Verbrechen als unerwünscht, als Unterstützung von Terror begriffen. (S. 1 / 2)

Gewerkschaften, hier die IGM, denken sehr für, statt gegen das Kapital, trotz „Kämpfen wie die Löwen“- Parolen. So hat dann wohl Kaspar Trump als Verursacher der GHH Rand-Schließung der Himmel geschickt? (S. 3)

Einer, welcher wie kein Anderer erkannt hat wie lebensnotwendig alles Gewinnbringende, auch der Krieg, für den Kapitalismus ist, wurde vor zweihundert Jahren geboren. Karl Marx hinterließ uns ein Werkzeug, welches nach so langer Zeit noch ein „Bullet“ ist. (S. 7)

Letztes Jahr wurde von Parteien und Einzelpersonen eine Veranstaltungsreihe zur russischen Revolution kreiert. Nun wird unter dem Namen „Roter Oktober“ mit Kultur und Politik, mit Brecht, Marx und Engels weiter gemacht. (S. 3 und 7)

Eure Redaktion

Inhalt	
TITEL	OBERHAUSEN
01 Afrin Gegen den türkischen Angriffskrieg	04 Bürgerbeteiligung Mitmachen!
INTERNATIONALE SOLIDARITÄT	05 Stadtrat - Jugendhilfeausschuss Türkische Nationalisten
02 Aufruf Solidarität mit Afrin	FRAUEN
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	06 8. März Was passiert in Oberhausen?
03 IG Metall Tarifverhandlungen	MARX 200
03 Betriebsschließung GHH Rand Kommentar	07 Karl Marx wird 200 Eine neue Biografie
BRECHT 120	08 Nachruf / Termine
03 Zum 120. Geburtstag Ein Gedicht – Gegen die Objektiven	

Fortsetzung von S. 1

kurdische Demos zu beschneiden oder gar zu untersagen.

Alle friedliebenden Menschen rufen wir auf, gegen die Gemeinheit und gegen diesen Krieg zu kämpfen. **Auch in Ober-**

hausen am 28.2.18 um 17:00 Uhr auf dem Friedensplatz.

»Und von den Zuschauer erwarten wir, dass sie wenigstens beschämt sind!« ■

Aufruf zur bundesweiten Großdemonstration in Berlin am 3. März 2018 Gemeinsam gegen die türkischen Angriffe auf Afrin!

Seit dem 20. Januar 2018 greift das türkische Militär gemeinsam mit salafistischen bzw. dschihadistischen Gruppierungen das Gebiet Afrin in Rojava/Nordsyrien an. KurdInnen muslimischen, alevitischen und ezidischen Glaubens stellen die Bevölkerungsmehrheit Afrins. Darüber hinaus ist es Heimat christlicher AssyrerInnen und syrischer AraberInnen sowie vereinzelt ArmenierInnen. Die Stadt Afrin mit ihren umliegenden Dörfern im äußersten Nordwesten Syriens konnte seit Beginn des Kriegs trotz wiederholter Angriffe durch die Nusra-Front, den Islamischen Staat (IS) oder andere islamistische Gruppen sowie das türkische Militär relative Stabilität und den Frieden bewahren. Mehr noch wurde Afrin v.a. ab 2015 für Hunderttausende Binnenflüchtlinge aus Aleppo und den umliegenden Gebieten trotz Embargo und Isolation ein sicherer Hafen. Bis jetzt. Denn die türkische Armee und verbündete Salafisten bzw. Dschihadisten unter dem Label der Freien Syrischen Armee (FSA) greifen momentan nicht nur Flüchtlinge gezielt an, sondern verursachen auch neue Fluchtbewegungen.

Bei den vom türkischen Militär geführten Angriffen vom Boden und aus der Luft sind bis dato [Stand: 6. Februar 2018] 148 ZivilistInnen, darunter 17 Kinder, getötet worden. Die Zahl der Verwundeten liegt momentan bei 365. Bei einem großen Teil dieser zivilen Opfer handelt es sich um syrische Binnenflüchtlinge. Gezielt werden zivile Wohngebiete mit Artillerie und aus der Luft bombardiert, ganze Dörfer dem Erdboden gleichgemacht und systematisch Infrastruktur, wie Wasseraufbereitungsanlagen, zerstört. Videoaufnahmen belegen Kriegsverbrechen wie die Leichenschändung der YPJ-Kämpferin Barin Kobane als auch Folter und Misshandlung von gefangenen KämpferInnen der kurdischen Volksverteidigungseinheiten und verschleppten ZivilistInnen.

Das türkische Militär führt gemeinsam mit Islamisten, die sich dem Label FSA bedienen, einen Angriffskrieg gegen ein Gebiet, das innerhalb der syrischen Staatsgrenzen liegt. Der türkische Überfall mit

dem Ziel, Afrin zu besetzen und ethnische Säuberungen durchzuführen, stellt einen klaren Völkerrechtsbruch dar und muss auch so benannt und verurteilt werden. Hinzu kommt, dass der NATO-Partner Türkei und seine islamistischen Verbündeten diese Verbrechen mit deutschen Leopard-II-Panzern und Waffen begehen. Mit diesen Waffen aus deutscher Produktion wird nicht nur die Zivilbevölkerung bekämpft, sondern auch jene Frauen und Männer, die aufopferungsvoll den IS in ihrer Hochburg Rakka, in Kobane und anderen Orten besiegt und somit auch unsere Sicherheit in Deutschland verteidigt haben.

Afrin ist eines der drei demokratisch selbstverwalteten Gebiete, die die Demokratische Föderation Nordsyrien umfasst. Seit 2012 wird hier das Projekt des Demokratischen Konföderalismus trotz Krieg und Embargo aufgebaut. Dieses strebt die gleichberechtigte Selbstverwaltung und demokratische Selbstbestimmung von Ethnien, Religionen und Geschlechtern an. Unter der Führung von Frauen findet ein Aufbruch statt, der für die gesamte Region richtungsweisend sein und ein Lösungsmodell für jahrzehntealte Konflikte darstellen kann. Dieses Projekt, das Hoffnung auf ein friedliches und demokratisches Syrien macht und einen positiven Effekt auf die gesamte Region haben kann, verdient unsere Unterstützung. Die türkischen Angriffe jedoch unterhöheln die Chance auf eine baldige Lösung im syrischen Konflikt, sie destabilisieren die gesamte Region weiter, führen zu noch mehr Leid und Flucht. Vor allem die verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen in Afrin sind ernsthaft mit der Gefahr eines Völkermords konfrontiert.

In der Türkei selbst werden alle Menschen, die sich gegen diesen Krieg und für Frieden aussprechen, als Terrorist und Vaterlandsverräter abgestempelt. Bisher sind mehr als 600 Menschen in der Türkei verhaftet worden, weil sie sich öffentlich oder auf sozialen Medien gegen den Angriffskrieg auf Afrin ausgesprochen haben.

Auch deshalb ist es von großer Bedeutung, dass wir unsere Stimme gegen Erdogans Krieg erheben.

Als Bündnis für Demokratie und Frieden in Afrin rufen wir zur breiten Solidarität auf und fordern von der Bundesregierung:

1. Sofortige Maßnahmen, insbesondere auch auf UNO-, EU- und NATO-Ebene, für die Beendigung des völkerrechtswidrigen Angriffs des türkischen Militärs auf Afrin
2. Sofortiges Ende deutscher Rüstungsexporte in die Türkei und sonstige autoritäre Regime
3. Politischen und diplomatischen Einsatz für die Wiederaufnahme der 2015 abgebrochenen kurdisch-türkischen Friedensgespräche
4. Die Anerkennung der Demokratischen Föderation Nordsyrien und Unterstützung der demokratischen Selbstverwaltungen
5. Humanitäre Hilfe für den Kanton Afrin, insbesondere für Verwundete und Flüchtlinge

Um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen, rufen wir dazu auf, gemeinsam für Demokratie und Frieden in Afrin auf die Straße zu gehen und gegen die türkische Aggression zu protestieren. Alle demokratischen Institutionen und Verbände, Anti-Kriegs-, Ökologie- und Frauenbewegungen, Gewerkschaften sowie Einzelpersonen sind eingeladen, unseren Aufruf zu unterstützen und zu verbreiten. ■

Bündnis für Demokratie und Frieden in Afrin

Dieser Aufruf wird von einem breiten Bündnis und zahlreichen Einzelpersonen unterstützt. Hier könnt Ihr ihn online unterzeichnen:
www.friedenafrin.wordpress.com

„Kämpfen wie die Löwen“

P. S.

Dem Aufruf der IG Metall Mülheim, Essen, Oberhausen sowie Gelsenkirchen zum Warnstreik waren 2.500 KollegInnen gefolgt, nachdem die „Arbeitgeber“ auch in der dritten Verhandlungsrunde kein akzeptables Angebot vorgelegt hatten. „Wir werden kämpfen wie die Löwen“, war auf einigen Streikwesten zu lesen.

Die wesentlichen Forderungen, mit denen die IG Metall in die Tarifverhandlungen für die Metall- und Elektroindustrie gegangen ist: 6 Prozent mehr Geld und eine Wahloption auf Reduzierung der Arbeitszeit auf bis zu 28 Stunden für Beschäftigte, die z.B. Kinder erziehen oder Angehörige pflegen. ■



Foto: Avanti O.

Kundgebung der IG Metall beim Warnstreik am 23.01.18 in Mülheim/Ruhr.

Schließung von GHH Rand Ist Trump schuld?

P. S.

Im Januar 2018 bekamen die mehr als 300 Beschäftigten des Schraubenkompressoren-Werks GHH Rand den Beschluss der US-amerikanischen Konzernleitung zur Kenntnis:

Der Fertigungsstandort Oberhausen wird zum Ende des Jahres geschlossen, die Produktion überwiegend schon bis Ende September eingestellt. Das Management von Ingersoll Rand verspricht sich durch die Verlagerung der Produktion auf Standorte in den USA und China mehr Profit.

Die KollegInnen werden nicht alleine stehen: Die Entscheidung über die Werkschließung hat in Oberhausen für breite Empörung gesorgt. Die IG Metall, in der viele der Betroffenen organisiert sind, will den Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze aufnehmen.

Ein Satz in der Stellungnahme des 1. Bevollmächtigten der IG Metall MEO, Jörg Schlüter, wirft dabei Fragen auf: „Vermutet wird, dass die Entscheidung des amerikanischen Konzerns aufgrund der

Politik: ‚America first‘ getroffen wurde.“

- Wie erklären sich vergleichbare Produktionsverlagerungen, die zeitlich vor Trumps Amtsantritt im Januar 2017 liegen?
- Trifft es nur auf US-amerikanische Konzerne zu, dass sie zur Profitmaximierung auch mit Gewinn arbeitende Standorte schließen?
- Wie will es die IG Metall schaffen, international agierende Konzerne in die Schranken zu weisen, wenn sie selbst der Standortlogik verhaftet ist?

Es gibt Erklärungen für die Entscheidung von Ingersoll Rand, die schlüssiger sind, als lediglich Trump zu beschuldigen. Und die weitere Handlungsmöglichkeiten eröffnen, als nur hilflos an die Landesregierung zu appellieren.

Wir empfehlen hierzu den Besuch der Veranstaltungsreihe, die in diesem Jahr in Oberhausen vom Bündnis „Roter Oktober“ durchgeführt wird. ■

GEGEN DIE OBJEKTIVEN

Wenn die Bekämpfer des Unrechts
Ihre verwundeten Gesichter zeigen
Ist die Ungeduld derer, die in Sicherheit waren
Groß.

Warum beschwert ihr euch, fragen sie
Ihr habt das Unrecht bekämpft! Jetzt
Hat es euch besiegt: schweigt also!

Wer kämpft, sagen sie, muß verlieren können
Wer Streit sucht, begibt sich in Gefahr
Wer mit Gewalt vorgeht
Darf die Gewalt nicht beschuldigen.

Ach, Freunde, die ihr gesichert seid

Warum so feindlich? Sind wir
Eure Feinde, die wir Feinde des Unrechts sind?
Wenn die Kämpfer gegen das Unrecht besiegt sind
Hat das Unrecht doch nicht recht!

Unsere Niederlagen nämlich
Beweisen nichts, als daß wir zu
Wenige sind

Die gegen die Gemeinheit kämpfen
Und von den Zuschauern erwarten wir
Daß sie wenigstens beschämt sind!

Bertolt Brecht, 1933

Bürgerbeteiligung in Oberhausen...

... wird groß geschrieben, und das ist gut so. Wie sonst sollte Demokratie ihren Platz finden in unserer Stadt? Bürgerbeteiligung betrifft ja uns alle. Schade nur, dass kaum jemand dieses Recht wahrnimmt.

ANDREA-CORA WALTHER

Alle Bürgerinnen und Bürger sind gefragt, sich an der Gestaltung ihrer Stadt zu beteiligen. Und sich dafür einzusetzen, dass ihre Wünsche und Bedürfnisse bei der Planung auch berücksichtigt werden. Die meisten verzichten jedoch auf dieses Recht.

Das mag nun daran liegen, dass Bürgerbeteiligung von einer „Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung“ verwaltet wird, und Verwaltung genauso Bürgerbeteiligung erlernen muss wie die Bürgerinnen und Bürger selbst. Da reicht es vielleicht nicht, wenn ein Oberbürgermeister „Bürgerbeteiligung“ nur groß schreibt. Ein Oberbürgermeister muss sie auch in der Realität umsetzen wollen.

Bürgerbeteiligung erfordert Beteiligungsmöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger. Bürgerinnen und Bürger müssen abgeholt werden. Man muss ihnen das Gefühl geben, dass ihre Beteiligung erwünscht ist. Die Verfahren und Ergebnisse müssen transparent, nachvollziehbar, öffentlich sein. Leitlinien entwickeln ist gut und richtig. Sie gewähren Verlässlichkeit der Strukturen und setzen Regeln fest für die Begegnung auf Augenhöhe.

Aber das kann nur ein Anfang sein, nicht das Ende. Stattdessen gewinnt man den Eindruck, dass die Verwaltung davon ausgeht, dass mit den Leitlinien und der Auflistung von städtischen Vorhaben in einer Vorhabenliste die Arbeit getan sei. Eine Vorhabenliste, die das auflistet, was nach mehr oder weniger längerem

Nachdenken und Lesen von Ergebnissen von Bürgermeinungen mehr oder weniger offensichtlich ist.

Als Form/Gestaltungsspielraum der Beteiligung sind dann Information, Anhörung, Beratung und Mitbestimmung genannt.

Information und Anhörung scheinen so selbstverständlich, dass man sich fragt, wie eine Gesellschaft ohne sie überhaupt demokratisch funktionieren sollte. Hingegen ist in keinem einzigen dieser Vorhaben „Mitbestimmung“ als Form/Gestaltungsspielraum der Beteiligung vorgesehen.

Immerhin setzt Verwaltung auf Beratung seitens seiner Bürgerinnen und Bürger. Beratung bei den Vorhaben durch den Arbeitskreis, Beratung durch einen Bürgerrat, Beratung durch erlesene Kreise, von denen man hofft, dass sie nicht um sich selbst kreisen.

Das muss verhindert werden. Das ganze Anliegen, die zarte Pflanze der Bürgerbeteiligung muss mal in die Stadtgesellschaft getragen werden. Die Geburt selbst war nicht der Fehler, aber jetzt sollten wir Bürgerinnen und Bürger unserer Bürgerbeteiligung auch Leben einhauchen. Für eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, die diesen Namen verdient und die die Interessen aller zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in ihren jeweiligen Stadtteilen zum Erfolg führt. ■

WSO, Haus der Jugend und John-Lennon-Platz

Der Verein „Wir sind Oberhausen“ e. V. – kurz: WSO – hat sich im Jahr 2012 gegründet. Er ist hervorgegangen aus der Initiative zum Erhalt des Hauses der Jugend. Heute setzt sich der Verein dafür ein, dass der John-Lennon-Platz für die AnwohnerInnen als Freizeitfläche erhalten bleibt.

Ein Beispiel für Bürgerbeteiligung in Oberhausen:

2.500 Unterschriften für den Erhalt des Hauses der Jugend wurden im Sommer 2013 von der Stadtverwaltung vernichtet – durch eine verschüttete Tasse Kaffee sollen sie unleserlich geworden sein.

Wenige Monate später wurde das Haus der Jugend in einer Nacht- und Nebelaktion abgerissen.

In der Folge wurden die AnwohnerInnen darüber befragt, wie sie sich die neue Bebauung des John-Lennon-Platzes vorstellen. Jedoch: Im Herbst 2017 wurden von der Stadt drei Investorenvorschläge vorgestellt, die die wesentlichen Ergebnisse des Bürgerbeteiligungsverfahrens gar nicht berücksichtigen.



Aus dem Rathaus

Nationalisten als Träger der freien Jugendhilfe?

ANDREA-CORA WALTHER

Auf der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) am 31.01.2018 hat der Verein Türkische Gemeinde Oberhausen e. V. die öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe beantragt. Wie über den Antrag entscheiden?

Bereits im Vorfeld gab es Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Satzung des Vereins, die einen positiven Bezug auf die staatliche Ordnung in der Türkei enthält. Diese Bedenken wurden in einer Stellungnahme des Rechtsbereiches der Stadt weitgehend entkräftet.

Auch Zweifel an den pädagogischen Fähigkeiten des Vereins, Hilfeleistungen in der Jugendhilfe zu geben, konnten nicht nur von dem Verein selbst, sondern auch von anwesenden Mitgliedern der AG-Jugendhilfe im Großen und Ganzen ausgeräumt werden. Der Verein blickt auf eine langjährige Tätigkeit im Bereich der Jugendhilfe zurück und wird von den KooperationspartnerInnen aus dem Bereich als hilfreich für die Jugendlichen erlebt. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Dennoch bleiben Zweifel, ob dem Verein ein uneingeschränktes Vertrauen entgegengebracht werden kann:

Auf seiner Homepage finden sich 18 Fotos, die die Aktivitäten der Türkischen Gemeinde dokumentieren. 16 Fotos mit Folklore, gemütlichen Zusammenkünften, Sport. Und zuletzt dann zwei Fotos von einer Aktion, an der die Gemeinde teilgenommen hat.

Es muss 2016 gewesen sein: Der Protest richtete sich gegen die Entscheidung des deutschen Bundestages am 02.06.2016, die Morde an den Armeniern in 1915 als Völkermord zu bewerten. Auf dem Transparent, hinter dem sich Mitglieder der türkischen Gemeinde Oberhausens versammelten, steht: „Völkermord an den Armeniern – Eine Lüge der Globalen Politik“.

So weit, so schlecht. Nun ist das Leugnen des Holocaust eine Straftat, das Leugnen des Völkermords an den Armeniern nicht.

Aber so ist nicht alles, was nicht strafbar ist, auch gut. Und als ob es nicht noch schlimmer kommen könnte, ergriff der erste Vorsitzende der Gemeinde auf der JHA-Sitzung das Wort und stellte die bisherigen Erkenntnisse in den Schatten. In seinem Bemühen, die politische Integrität des Vereins nachzuweisen, begründete er diese Beteiligung an der Protestkundgebung damit, dass die Frage, ob hier ein Völkermord stattgefunden habe oder nicht, eine historische Frage sei. Die Politik sei also nicht befugt, darüber zu entscheiden. Er selbst und der Verein seien eher völlig unpolitisch. Er selbst habe bereits seine politische Neutralität dadurch bewiesen, dass er eine Einladung des damaligen Bundeskanzlers Schröder abgelehnt hat, anlässlich eines Treffens von diesem mit Erdogan.

Warum es einem „unpolitischen“ Verein wichtig ist, sich an einer Protestkundgebung gegen eine im Bundestag getroffene Entscheidung zu beteiligen, warum dem Verein das dann sogar so wichtig ist, dass er es prominent auf seine Homepage stellt, diese Antworten blieb der Vorsitzende schuldig. Da hilft auch nicht der Hinweis, dass der Verein sich am 01.05.2015 ebenfalls an der antifaschistischen Demonstration in Osterfeld gegen Pro NRW beteiligt hat. Die Fotos auf der Homepage zeigen, mit welchen Aktivitäten der Verein identifiziert werden will.

Einem Verein, der an einer Bündnisveranstaltung teilnimmt, an der auch Faschisten beteiligt sind, kann nicht die Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe erteilt werden. Es bleibt die Hoffnung, dass der Verein eine Diskussion neu beginnt bzw. eine vielleicht bereits geführte Diskussion weiterführt und sich entscheidet, für welche Werte er einstehen und auf welchen er seine pädagogische Arbeit aufbauen will.

Nach einer einstündigen intensiven Diskussion wurde die Entscheidung auf die nächste Sitzung des JHA im März verschoben. ■



Klare Ansage gegen das Erdogan-Regime: Protest gegen den Besuch von Ministerpräsident Yildirim, Oberhausen, 18.02.17.

Foto: Avanti O.

Internationaler Frauentag 2018

Veranstaltungen in Oberhausen rund um den 8. März

»Altersarmut ist weiblich«

Ausstellung des Frauen-Plenums Oberhausen

6. März bis 12. April 2018

Altersarmut ist weiblich« ist eine vom Frauen-Plenum Oberhausen gestaltete und vom Gleichstellungsausschuss der Stadt Oberhausen geförderte Ausstellung zum Internationalen Frauentag.

Schwerpunkte der Ausstellung sind:

- Die Arbeitssituation von Frauen und deren Auswirkungen auf ihre Renten
- Armut im Alter
- Wie lebt es sich mit Grundsicherung, gerade im Alter?
- Die Geschichte der Rentenversicherung in Deutschland.

Altersarmut: Kein Thema für morgen

Das Thema Rente geht alle an: Alte und Junge, Männer und Frauen. Selbst wer heute Vollzeit arbeitet und ein Einkommen über dem Mindestlohn erzielt, ist von Armut im Alter bedroht.

Ausfallzeiten durch Kindererziehung oder Pflege von Familienangehörigen, Teilzeitarbeit, Niedriglöhne: von diesen Faktoren sind Frauen besonders betroffen. Das führt dazu, dass die Renten von Frauen heute im Durchschnitt nicht einmal halb so hoch wie die von Männern sind. Für ein würdevolles Leben im Alter braucht es jedoch eine entsprechend hohe gesetzlich garantierte Rente. Und die Weichen für das Morgen werden schon heute gestellt. ■

Ausstellungseröffnung

Die Ausstellung wird am Dienstag, 6. März um 11:30 Uhr mit einer Gesprächsrunde zum Thema „Altersarmut ist weiblich“ eröffnet.

Im Anschluss besteht die Möglichkeit, in formloser Runde mit den TeilnehmerInnen der Gesprächsrunde und den Organisatorinnen der Ausstellung zu diskutieren und Fragen zu stellen.

Für das leibliche Wohl ist dabei mit kostenlosem Eintopf und Getränken gesorgt.

Die Veranstaltung wird von den Gewerkschaften IG BAU, ver.di, NGG und GEW sowie von Arbeit und Leben (DGB/VHS) Oberhausen unterstützt.

Armut von Frauen ist kein Naturgesetz! Demonstration

**zum Internationalen Frauentag
Samstag, 10. März 2018, 11.00 Uhr
Wilhelm-Rademacher-Platz
(Oberhausen-Sterkrade)**

Nach der Auftaktkundgebung laufen wir über die Bahnhofstraße, wo es eine kurze Zwischenkundgebung gibt.

Die Abschlusskundgebung findet am Technischen Rathaus statt.

Frauen und Männer, die die Forderungen unterstützen, für die der 8. März als Internationaler Frauentag steht, sind herzlich zur Teilnahme eingeladen. Bringt gerne Transparente, Schilder oder Ähnliches mit, um das Anliegen der Demonstration gut sichtbar auf die Straße zu tragen!

Weitere Informationen wie den Aufruf auf:

www.frauen-plenum-ob.de

Kultur- und Tanzveranstaltung zum Frauentag im Alevitischen Gemeindezentrum

Redner*innen: Özlem Alev Demirel (Landessprecherin DIE LINKE.NRW), Zeynep Bici (Bundesvorstand IG Bau).

Neben den politischen Beiträgen hören wir Sazmusik und es treten eine Trommel- und eine Folkloregruppe auf. Anschließend ist die Tanzfläche freigegeben.

Eintritt: 3 Euro (inklusive Essen)
11. März, 14 Uhr, Rombacher Str.17, 46049 Oberhausen

Veranstalter*innen: *Alevitische Gemeinde Oberhausen, DIE LINKE Oberhausen*

LINKE.Frauen Oberhausen Veranstaltung im Linken Zentrum

10. März, 16:00 Uhr, Linkes Zentrum, Elsässer Straße 19, 46045 Oberhausen

Bei der diesjährigen Veranstaltung zum Internationalen Frauen*kampftag steht der Austausch von Aktivist*innen aus verschiedenen Ländern im Vordergrund. Sie berichten über die Geschichte des 8. März sowie über aktuelle Kämpfe, politische Forderungen und die soziale Situation der Frauen in ihren Ländern. Ziel des Zusammentreffens ist gegenseitiger Informationsaustausch und Vernetzung.

Referent*innen: *Tamilischer Frauenverein, Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba (angefragt), Ceni – Kurdisches Frauenbüro für Frieden (angefragt)*

Das Frauen-Plenum Oberhausen

Die Mitglieder des Frauen-Plenums Oberhausen engagieren sich zu frauenspezifischen Themen, mit dem Schwerpunkt „Arbeitswelt von Frauen“.

Das Frauen-Plenum ist nicht partei- oder organisationsgebunden, sondern will im Gegenteil Frauen ungeachtet ihrer sonstigen Aktivitäten oder

Mitgliedschaften organisieren.

Das Interesse und das Engagement der Gruppe gilt in erster Linie arbeitenden bzw. von Lohnarbeit abhängigen Frauen.

In diesem Sinne ist das Frauen-Plenum Oberhausen parteiisch.

Frauen-Plenum Oberhausen
c/o Polit-Bureau
Lothringer Str. 64
46045 Oberhausen

Kontakt:

E-Mail:

info@frauen-plenum-ob.de

Netz:

www.frauen-plenum-ob.de

Karl Marx wird 200 (Teil I)

Eine neue Biografie

MANUEL KELLNER

Karl Marx war dafür, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ Aktuell bleibt auch seine Kritik der kapitalistischen Produktionsweise, die „die Erde und den Arbeiter untergräbt“. Immer bereit an allem zu zweifeln, verdient er nicht zum Säulenheiligen gemacht zu werden. Sein Konzept der Selbstbefreiung der ArbeiterInnenklasse als Mittel universaler Emanzipation bleibt allerdings entscheidender Bestandteil des revolutionären Kampfs für eine weltweite sozialistische Gesellschaft.

Karl Marx wurde immer wieder zum „toten Hund“ erklärt oder wahlweise zum Verantwortlichen für den Gulag. Doch immer, wenn spektakuläre Krisen auftreten, ist seine Kritik der kapitalistischen Produktionsweise wieder in aller Munde. Seit 2013 gehören das *Kommunistische Manifest* und *Das Kapital* gar zum Weltdokumentenerbe der UNESCO. Im Januar 2017 stellte *Die Zeit* in großen Lettern auf der Titelseite die Frage: „Hatte Marx doch recht?“

Seit den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts haben sich sozialistische Linke auf Marx berufen, die offizielle „kommunistische Weltbewegung“ hat später ihn und seinen engsten Kampfgefährten und Freund Friedrich Engels gar zu Säulenheiligen gemacht und ihre Schriften kanonisiert. Ein Zitat von ihnen war schon ein Argument, und Zitate ließen sich viele finden, um je nach Tagesbedarf diese oder jene Behauptung zu bekräftigen. „Abweichler“ von der „reinen Lehre“ des „Marxismus-Leninismus“ verfielen dem Bann wie die Häretiker der einzig seligmachenden katholischen Kirche.

„An allem ist zu zweifeln.“

Gerade zum wirklichen Karl Marx passt diese Kanonisierung überhaupt nicht. Seine Wahlsprüche waren „An allem ist zu zweifeln.“ und „Nichts Menschliches ist mir fremd.“ (also auch nicht der Irrtum).

Sein Leben lang war er unzufrieden mit allem, was er mit wissenschaftlichem Anspruch zu Papier brachte. Er warf es immer wieder um, trieb weitere Nachforschungen, schrieb eine neue Fassung, um diese alsbald wieder zu verwerfen. Gerade deshalb trieb er seine Mitstreiter oft zur Verzweiflung, weil er so gut wie nie „fertig“ wurde wegen seiner bis zur Manie gesteigerten Selbstkritik. Viele seiner uns noch heute als grundlegend erscheinenden Schriften wie etwa die *Thesen zu Feuerbach*, die *Deutsche Ideologie* oder die *Kritik des Gothaer Programms* wurden erst nach seinem Tod veröffentlicht. Er selbst hatte sie lieber der „nagenden Kritik der Mäuse“ überlassen.

Der Autor der neuen Biografie von 2017, Jürgen Neffe,* betont die Aktualität von Karl Marx. Solange es die kapitalistische Klassengesellschaft gibt, bleibe deren Kritik durch Marx grundlegend.

Neffe behandelt das Werk von Marx recht treffend. Neben der Würdigung brillanter politischer Schriften und Wortmeldungen wie dem *18. Brumaire des Louis Bonaparte* und dem *Bürgerkrieg in Frankreich* gibt er auch eine ausführliche Darstellung der Kritik der politischen Ökonomie von Marx, die zugleich Kritik der klassischen Volkswirtschaftslehre und der kapitalistischen Klassengesellschaft war.

Wenn heute riesige Kapitalien der materiellen Produktion entzo-

gen und spekulativ investiert werden, so hat Marx bereits die dazu führenden Tendenzen der kapitalistischen Produktionsweise aufgedeckt.

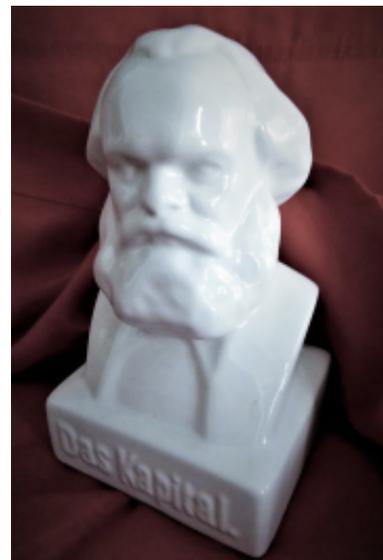
Massenopfer für den Kapitalismus

Was ist damals wie heute? Jürgen Neffe fasst das wiederholt in verschiedener Weise zusammen. Eine dieser Textpassagen lautet wie folgt:

„Auf dem Altar des Kapitals wird nicht nur Lebensenergie von Milliarden geopfert, die den Preis in Form von Schmerzen, Erschöpfung, Angst und Depression zu zahlen haben. Die Schlachtbank der perpetuierten Verschuldung, öffentlich wie privat, fordert vielerorts in der Welt Abertausende Menschenleben in Bergwerken, Textilfabriken oder Montageturmen zur Hightech-Fertigung, von deren Dächern sich verzweifelt ‚Mitarbeiter‘ in den Tod stürzen. Und: Armut verkürzt das Wertvollste, was Menschen besitzen, ihre Lebenszeit.“ (S. 378.)

Kapitalismuskritik ohne Marx ist auch heute noch wie Entwicklungsbiologie ohne Darwin oder Physik ohne Einstein. Doch auch zur Frage der Alternative schreibt Jürgen Neffe erstaunlicherweise trotz allen Scheiterns des sogenannten *realen Sozialismus* im 20. Jahrhundert: „Bessere Antworten als Marx haben wir bis heute nicht gefunden.“

* Jürgen Neffe, *Marx, Der Unvollendete*, München 2017. ■



Das Kapital als Sparbüchse.

Foto: Avantf.

DIE LINKE. Oberhausen trauert um Thomas Haller

Am vergangenen Donnerstag ist Thomas Haller (55) im Kreis seiner Familie und engsten Freunde in Folge einer schweren Erkrankung verstorben. Die Oberhausener Partei DIE LINKE. verliert damit einen wichtigen Freund, Genossen und Kämpfer.

Das politische Engagement hat sein Leben von Anfang an geprägt. Seine Familie wurde Opfer politischer Verfolgung von KommunistInnen durch das NS-Regime und die BRD. Selbst hat er die politische Landschaft in Oberhausen entscheidend mit beeinflusst. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Oberhausener Jugendclub Courage und hat sich als Sozialist leidenschaftlich in Oberhausen für Frieden und Antifaschismus stark gemacht. Er war 1997 sowohl Gründungsmitglied des PDS- als auch 2007 des Kreisverbands DIE LINKE. Oberhausen.

Thomas war ein großer RWO-Fan. Auch nach seiner Nierentransplantation blieb der Sportbegeisterte aktiv und engagierte sich im Behindertensport des BSG Sterkrade.

Treu dem Motto „Soldaten sind Mörder“ war er ein überzeugter Kriegsgegner, verweigerte seinen Wehrdienst und half in der deutschen Friedensgesellschaft DFG-VK anderen Kriegsdienstverweigerern.

Seine Weggefährten haben ihn immer für seine klaren Positionen zu Krieg und Frieden und für sein kompromissloses Engagement gegen Rechts geschätzt. Der Kreisverband DIE LINKE. Oberhausen und die LINKE.LISTE Ratsfraktionen verlieren einen wichtigen Wegbegleiter. Zuletzt vertrat er DIE LINKE. in der Bezirksvertretung Sterkrade sowie im Sportausschuss und Behindertenbeirat.

16.01.2018 ■



Wir haben den Genossen Thomas als aufrechten Kommunisten und lebenslangen Kämpfer gegen Unrecht sehr geschätzt und sind gerne ein Stück des Weges mit ihm zusammen gegangen.

ISO Oberhausen & FreundInnen

ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen

Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

Impressum:

Redaktion:

ISO Oberhausen & FreundInnen

Kontakt:

ISO / IV. Internationale Oberhausen

Postfach 10 01 25

D-46001 Oberhausen

Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46

Email: info@iso-4-oberhausen.de

Web: www.iso-4-oberhausen.de

V.i.S.d.P.: ISO, 68026 Mannheim



TERMINE (weitere Infos bei der ISO Oberhausen)

- Dienstag, 20.02.18, 19:00 Uhr, Vorbereitungstreffen Internationaler Frauentag, Büro Linke Liste, Friedensplatz 8, 46045 Oberhausen
- Dienstag, 27.02.18, 19:00 Uhr, Treffen des Frauen-Plenum Oberhausen, Büro Linke Liste, Friedensplatz 8, 46045 Oberhausen
- Dienstag, 06.03.18, 11:30, Ausstellungseröffnung „Alttersarmut ist weiblich“, Technisches Rathaus (Foyer), OB-Sterkrade
- Samstag, 10.03.18, 11:00, Demonstration zum Internationalen Frauentag, Wilhelm-Rademacher-Platz, OB-Sterkrade